

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Durchgreifende Studienreform an der Universität zügig voranbringen!**

Nach wie vor gilt: Auf den gegenwärtigen Übergang zur international verflochtenen Wissensgesellschaft ist das Ausbildungssystem in Deutschland noch nicht ausreichend ausgerichtet. Die Zahl der Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen, ist ebenso zu gering wie die Zahl der Hochschulabsolventen, vor allem gemessen an der Zahl der Studienanfänger; das Erststudium ist — auch in der Eigenwahrnehmung der meisten Studierenden — zu wenig durchsichtig, planbar, und insgesamt sind die durchschnittlichen Studienzeiten zu lang; erworbene Qualifikationen stimmen zu häufig nicht mit den Qualifikationsanforderungen der beruflichen Praxis überein. Dies gilt — in unterschiedlichen Fächern in unterschiedlichem Maße — auch für die Universität Bremen. Dadurch werden nicht nur materielle Ressourcen nicht effektiv genug eingesetzt, sondern vor allem die Motivation und Lebenszeit junger Menschen vergeudet.

Es geht um eine Studienreform, die eine größere Anzahl von überschaubaren Angeboten macht; die flexibel die Möglichkeit zur Kombination von Modulen zu unterschiedlichen Abschlüssen eröffnet; die international attraktiv ist; eine Studienreform, die es jungen Menschen erleichtert, ihre Bildungsbiografie selbst zu gestalten, auch unter vielfältigen und schwierigen Lebensumständen; eine Studienreform, die die Grundausbildung in der Sache und in der Zeit konzentriert, um darauf spezialisierte Ausbildung aufzubauen.

Es kommt darauf an, die vielfältigen Bemühungen der Universität Bremen zur Verbesserung der Situation in Lehre und Studium zu unterstützen und zu fördern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Universität bei der zügigen und umfassenden Einführung der Modularisierung nach den gegenwärtig an der Universität diskutierten Grundsätzen, um den Studienverlauf für die Studierenden übersichtlicher und gleichzeitig flexibler zu machen. Die Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus, dass die Modularisierung genutzt wird für eine Verstärkung interdisziplinärer Qualifikationen und eine inhaltliche Reform der Studienprogramme für neue gesellschaftliche Anforderungen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senator für Bildung und Wissenschaft auf, die Prüfungsordnungen zum Lehramt überhaupt erst modularisierungsfähig zu machen, indem studienbegleitende Prüfungen zugelassen werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Universität darin, weitere Studienzentren an den Fachbereichen einzurichten, in denen Studienorganisation, Studienberatung und weitere Studienreform professionell zusammengefasst werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Studienzentren sollte dabei sein, durch organisatorische Verbesserungen (langfristige Studienplanung, Blockveranstaltungen usw.) so genannten Teilzeitstudierenden das Studium zu erleichtern.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die Universität im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben sicherzustellen, dass eine intensive Studienberatung als Pflichtauf-

gabe der Lehrenden wahrgenommen wird und für die Studierenden als Bestandteil der Studienordnungen verpflichtend wird.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Universität erhebliche und rasche Fortschritte in der Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen macht. Dazu sollte im Jahr 2002 eine Einigung an der Universität und zwischen den Hochschulen des Landes über die Grundsätze der Einführung, des Zuschnitts und der Abfolge von Bachelor- und Master-Abschlüssen erzielt werden.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt, dass Studiengebühren — auch für so genannte Langzeitstudierende — kein geeignetes Mittel zur notwendigen Verbesserung des Studienerfolges sind und schließt eine Einführung von Studiengebühren für das Erststudium an den Hochschulen des Landes Bremen aus.

Dr. Kuhn,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen